

369



Der Freiheits- kämpfer

Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit

70. Jahrgang – Nr. 63 – Dezember 2021

Die Volksgruppen als Salz in der Suppe

Schwarz und Weiß, ohne Grautöne

Das Antlitz des Verräters



Die Volksgruppen als Salz in der Suppe

Bericht von der Gedenkveranstaltung vor dem Mahnmal für Roma und Sinti in Lackenbach am 13. November 2021.

Die **ÖVP Kameradschaft** der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich war dieses Jahr durch den burgenländischen Landesobmann Otto Prieler und den Tiroler Landeobmann Clemens Hornich vertreten.

Mehr als 100 Menschen, darunter Vertreterinnen und Vertreter der Politik, Volksgruppen-Angehörige sowie Schülerinnen und Schüler, fanden sich zum

gemeinsamen Gedenken ein.

Im Rahmen der diesjährigen Gedenkveranstaltung wurde eine neue Infotafel neben dem Mahnmal enthüllt. Sie hält in Deutsch und Romanes die Geschichte des Anhaltelagers fest. Justizministerin Alma Zadic sagte unter anderem, dass es die Verantwortung der Nachgeborenen sei, aus der Geschichte zu lernen: „Wir gedenken heute der dun-

kelsten Jahre in der Geschichte unseres Landes.“

Landesrat Heinrich Dorner meinte in seiner Ansprache: „Ich glaube, für die Geschichte eines Landes ist es wichtig zu wissen, welche Ereignisse es gegeben hat – positive wie negative. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen unter dem Aspekt: Niemals vergessen.“

Der Obmann des Kulturvereins Österreichischer Roma

Christian Klippl meinte in seiner Ansprache: „Mir hat einmal jemand gesagt: ‚Ihr Volksgruppen in Österreich seid das Salz in der Suppe.‘ An diese Worte denke ich immer. Nämlich, welcher kultureller Schatz auch in dem Volksgruppen liegt.“

Die Veranstaltung wurde mit der Landeshymne, der Bundeshymne und der Kranzlegung beendet.

Clemens Hornich ■



Grenzfälle

Es ist eine skurril-heterogene Masse, die sich aktuell angesichts der Corona-Maßnahmen zu Protesten auf den Straßen zusammenfindet. Vertreter der FPÖ, FPÖ-Parteiläufer, Rechtsextreme, Verschwörungstheoretiker, katholische Fundamentalisten, weihrauchschwenkende Esoteriker, Naturheilkundler, vergeistigte und solche, die einen ziemlich entgeisterten Ein-

druck machen. Dazu noch ein paar Partylöwen, die es lustig finden, alkoholgeschwängert die Sau rauszulassen – gegen wen auch immer.

Natürlich, es gibt – das sollte man nicht außer Acht lassen – viele ernsthaft besorgte Menschen, denen man mit Geduld und Verständnis begegnen sollte.

Um ihnen ihre Ängste zu nehmen, die ja von verant-

wortungslosen Politikern wie der FPÖ-Gesundheitssprecherin geschürt werden.

Die Demonstrationsfreiheit ist ein hohes Gut und man soll die Sorgen der Menschen nicht vom Tisch wischen. Allerdings gibt es mehr als ein Aber:

1. Ohne die Maßnahmen wäre unser Gesundheitssystem längst am Limit – sie sind also mehr oder weniger alternativlos.

2. Die Impfung ist nicht die einzige, aber eine der wirkungsvollsten Maßnahmen

gegen die Pandemie, eine Impfpflicht ist außerdem verfassungsrechtlich zulässig.

3. Wer die Maßnahmen mit der NS-Zeit in Zusammenhang bringt und sich einen Judensterne mit „ungeimpft“ ans Revers heftet, der überschreitet jegliche Grenze und verharmlöst in unappetitlicher Art den Nationalsozialismus.

Schon deshalb muss es erlaubt sein, über ein Verbot dieser Demonstrationen zumindest nachzudenken.

- hef- ■

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Nach meiner einstimmig erfolgten Wahl zum Obmann des Wiener Landesverbandes am 16. Juni und zum Bundesobmann am 9. Oktober 2021 dokumentierte ich gegenüber den Gremien die zwei Schwerpunkte meiner Tätigkeit in den kommenden Jahren:

– Die Gewinnung neuer Mitglieder, idealerweise unter 60 Jahren, in allen Landesorganisationen, um unsere Organisation weiterhin schlagkräftig zu erhalten.

– Nicht nachlassen und die Regierung, die Öffentlichkeit,

vor allem aber die Politiker in allen Parteien immerwährend an jene Menschen zu erinnern, die während der NS-Zeit wegen ihrer *politischen Gesinnung* Tod, Zwangslager, Gefängnis und Verfolgung erlitten haben. Deshalb wurden letztlich nach Beendigung des furchtbaren Krieges die Opferverbände gegründet und das Opferfürsorgegesetz vom Parlament beschlossen.

Ende Oktober fanden wie alljährlich anlässlich Allerseelen die Gedenkveranstaltungen statt, am Floridsdorfer Spitz, in

der Hinrichtungsstelle des LG Wien und am Morzinplatz, wo sich die größte Gestapostelle des niedergegangenen großdeutschen Reichs befand. Infolge der bekannten coronabedingten Umstände konnten wir dabei nur eine Schulklasse der Berufsschule Längenfeldgasse, 1120 Wien, begrüßen. Davon abgesehen lief alles in sehr würdigem, geplantem Rahmen ab.

Unser Landesobmann von Tirol, Clemens Hornich, und unser Landesobmann des Bur-



Dr. Norbert Kastelic

genlandes, Prof. DI Otto Prieler, vertraten unsere Kameradschaft zudem bei der alljährlichen Gedenkfeier in Lackenbach (Bgld.), bekannt als Internierungslager für Sinti und Roma, bevor man diese zur Ermordung ins KZ brachte.

Nachdem keine der drei Opferverbände eine Einladung zur Einweihung der „Shoa Namensmauer Gedenkstätte“ vis a vis der Österreichischen Nationalbank im sogenannten Ostarrichi Park erhalten hat, richteten wir mit Dr. Winfried Garscha, der nach dem Rücktritt meines Bruders Dr. Gerhard Kastelic nunmehriger Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände ist, am 10. November 2021 ein Schreiben an den zu dem Zeitpunkt amtierenden Bundeskanzler Mag. Alexander Schallenberg (s. Faksimilie).

Garscha ist bekanntlich einer der ersten Träger der „Ludwig Steiner Medaille“ unserer Kameradschaft und wir wollen hoffen, dass Schallenberg unsere Organisationen einfach noch nicht sehr bekannt waren. Bis zur Drucklegung dieser Ausgabe wurde er als Bundeskanzler abgelöst und wir warten noch auf Antwort.

Was die Mitgliedergewinnung betrifft, sind Werbeartikel in der ÖCV-Zeitschrift „Academia“ sowie in der MKV-Zeitschrift „Couleur“ in Vorbereitung. Dafür bedanken wir uns herzlich bei unserem Redakteur des Freiheitskämpfers Mag. Paul Hefelle und dem Wiener Landesobmann-Stv. Dr. Mario Strigl. ■

Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und Widerstandskämpfer/innen Österreichs

Bund Sozialdemokratischer
Freiheitskämpfer/innen,
Opfer des Faschismus und
aktiver Antifaschist/inn/en

Kuratorium der
ÖVP Kameradschaft der
politisch Verfolgten und
Bekennner für Österreich

KZ-Verband/VdA - Bundesverband
österreichischer Antifaschistinnen,
Widerstandskämpferinnen und
Opfer des Faschismus

3 6 9

Postanschrift: Laudongasse 16, 1080 Wien

An den
Bundeskanzler der Republik Österreich
Mag. Alexander Schallenberg
Ballhausplatz 2
1010 Wien

Wien, 10. November 2021

Betreff: Opferverbände und Holocaust-Gedenken

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Vor mehr als fünfzig Jahren schlossen sich die drei im Briefkopf genannten Verbände zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, um die Anliegen der Angehörigen der NS-Opfer und der Überlebenden des österreichischen Widerstands in der Öffentlichkeit und gegenüber den Behörden gemeinsam zu vertreten.

Die Republik Österreich hat unserem Wirken stets Wertschätzung entgegengebracht und uns sowohl in Opferfürsorgeangelegenheiten als auch in die unterschiedlichen Formen des öffentlichen Gedenkens miteingebunden.

Bis vor wenigen Jahren war es eine Selbstverständlichkeit, dass unsere drei Verbände nicht nur bei Ehrungen der Opfer der politischen Verfolgung, sondern auch bei Veranstaltungen zur Erinnerung an die Opfer der „rassischen“ Verfolgung von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma vertreten waren. Mit Erstaunen mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass zur gestrigen feierlichen Einweihung der „Shoah Namensmauern Gedenkstätte“ im Ostarrichi-Park keine Einladung an unsere Verbände erging. Das ist umso erstaunlicher, als die inhaltliche Grundlage der Namensmauern durch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes erarbeitet wurde, in dessen Leitung unsere drei Verbände – ebenso wie Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde und der katholischen Kirche – aktiv mitarbeiten.

Wir hoffen, dass diese Vorgangsweise keine Abkehr von der jahrzehntelang geübten Praxis der Anerkennung der Bedeutung unserer Verbände durch die Republik Österreich markiert. Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns eine Persönlichkeit im Bundeskanzleramt nennen könnten, für die der Kontakt mit den Verbänden der NS-Opfer und WiderstandskämpferInnen ein politisches Anliegen über die Parteigrenzen hinweg ist.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Bund Sozialdemokratischer
Freiheitskämpfer/innen, Opfer des
Faschismus u. aktiver Antifaschist/nn/en

Gerald Netzl
Dr. Gerald Netzl

Für das Kuratorium der ÖVP-
Kameradschaft der politisch Verfolgten
und Bekennner für Österreich

Norbert Kastelic
Dr. Norbert Kastelic

Für den Bundesverband österreichischer
Antifaschistinnen, Widerstandskämpferinnen
und Opfer des Faschismus (KZ-Verband/VdA)

Winfried R. Garscha
Dr. Winfried Garscha
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft

Schwarz und Weiß, ohne Grautöne

Dollfuß also wieder. Und Lueger. Die beiden christlich-sozialen Politiker sind Thema tagesaktueller politischer Debatten. Überraschenderweise gibt es zwischen ganz recht und ganz links bisweilen einigen Gleichklang.

Als klar war, dass Gerhard Karner Innenminister werden wird, hat man sich offensichtlich sogleich auf die Suche nach vermeintlich dunklen Flecken gemacht – Niederösterreich, ÖAAB, da muss ja etwas sein. Man wurde schnell fündig. Seine Gemeinde Texingtal betreibt das Dollfuß-Museum. Der Bundeskanzler der Zwischenkriegszeit wurde 1892 in Texing geboren, 1998 wurde das Museum rund um seine Person eröffnet. Karner, dort bis dato Bürgermeister, verlautete 2018 anlässlich des 20-jährigen Bestandes man wolle sich „mit der umstrittenen Person Dollfuß“ auseinandersetzen. Entlarvend die Reaktion der Historikerin Lucile Dreidemy in der aktuellen Diskussion: „Wenn 'umstritten' heißt, dass beide Sichtweisen über Dollfuß gerechtfertigt sind – also dass er Gutes wie Schlechtes getan hat –, dann habe ich ein Problem damit.“

Das lässt sehr tief blicken und bringt das eigentliche Problem linker Historiker auf den Punkt. Sie können (oder wollen) nicht zur Kenntnis nehmen, dass historische Persönlichkeiten (nahezu) immer Licht- und Schattenseiten haben. Man muss Dollfuß nicht glorifizieren, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Geschichte seiner Zeit sollte aber auch für prononciert Linke reichen, um beide Seiten der Person zu erkennen und zu würdigen: Die eine Seite ist, dass sich das Dollfuß-Regime an das faschistische Italien angelehnt hat, das sich als Schutzmacht Österreichs positionierte und zunächst dessen Unabhängigkeit garantierte. Nach Abstimmungswidrigkeiten und der

Selbstausschaltung des Parlaments im März 1933 hat Dollfuß keine Neuwahlen zugelassen, sondern den Weg in Richtung eines autoritären Staates eingeschlagen (siehe auch S. 7). Auch wenn dies unter Eindruck des Wahlsieges von Adolf Hitler im Jänner des Jahres 1933 stand, die Nationalsozialisten ihren Druck gegen Österreich erhöhten und der Bündnispartner Heimwehr (mit dem damals einzigen internationalen Partner Mussolini im Hintergrund) in diese Richtung drängte: Dollfuß war zu diesem Zeitpunkt kein Demokrat und mitverantwortlich für das Ende des Parlamentarismus in Österreich.

Die andere Seite

Die andere Seite, laut Dreidemy nicht gerechtfertigt zu erwähnen, ist die, dass Dollfuß überzeugter und mutiger Gegner der Nationalsozialisten war. Er bezahlte diese Gegnerschaft im Juli 1934 mit seinem Leben, bereits im Oktober des Jahres 1933 war er am Eingang zum ÖVP-Klub im Parlament von einem Nazi angeschossen worden. Licht und Schatten und so mancher Grauton, nicht Schwarz und Weiß. So ist und so wäre Engelbert Dollfuß zu bewerten, ebenso wie Karl Renner, bei dem in umgekehrter Weise zu Dollfuß von linker Seite nur die Lichtseiten hervorgekehrt werden. So steht zwar fest, dass Renner bei der Wiedererrichtung der Republik eine entscheidende Rolle gespielt hat, gleichzeitig wäre aber zu erwähnen, dass er nicht nur den Anschluss 1938 euphorisch begrüßt hat sondern selbst den Hitler-Einmarsch in



der Tschechoslowakei noch gut geheißten hat. Licht und Schatten eben, nicht nur Schwarz und Weiß.

Ein anderes Beispiel ist in Wien zu finden, wo die Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler angekündigt hat, im Zusammen-

hang mit dem Lueger-Denkmal den Weg der künstlerischen Kontextualisierung zu gehen. „Das, ist durchaus zu begrüßen. Eine Absage an jede Form der ‚Cancel Culture‘ war für uns von enormer Wichtigkeit, um die erforderliche sachliche Betrachtung



zu gewährleisten“, sagten dazu Landtagspräsident Manfred Juraczka und Bezirksvorsteher Markus Figl, LO-Stv. in Wien.. Lueger sei ein verdienstvoller Bürgermeister gewesen, der die Stadt modernisiert und das Fundament für die weitere Entwicklung im 20. Jahrhundert gelegt habe, auch wenn dessen antisemitische Rhetorik jedenfalls klar abzulehnen und zu verurteilen sei: „Karl Luegers Persönlichkeit verdient eine differenzierte Betrachtung. Das historische Gedenken, wie es uns im Lueger-Denkmal begegnet, gilt dem verdienstvollen Bürgermeister und den sozialen Fortschritten seiner Zeit und nicht jenem Politiker, der sich des politischen Antisemitismus bediente“, so Figl.

Grün und Blau im Einklang

Bereits 2016 wurde eine Zusatztafel, deren Text von der Kulturkommission Innere Stadt gemeinsam mit Oliver Rathkolb verfasst wurde, am Denkmal enthüllt. Die ÖVP stellt sich also nicht gegen die Thematisierung des rhetorischen Antisemitismus und damit der negativen Seite Luegers, wenngleich sie einen respektvollen Umgang mit dem Denkmal und den kommunalpolitischen Leistungen des Bürgermeisters einfordert.

Ganz anders die FPÖ und die Grünen in der Bundeshauptstadt. Die Grünen fordern ultimativ die Entfernung des Denkmals, weil sie sich nicht durchringen können, beide Seiten der Person Luegers zu sehen. Die Blauen hingegen hätten am liebsten gar keine wie immer geartete Kontextualisierung, weil sie sich mit Geschichte besser gar nicht auseinandersetzen wollen – auch in dieser Lesart gibt es, gleich wie bei der Linken, keine Grautöne.

Nur Schwarz und Weiß. Und das wird auch einem Karl Lueger nicht gerecht.

- hef- ■

Das Antlitz des Verräters

Vor einiger Zeit schenkte mir unser Gesinnungsfreund Josef Baldermann das Jahrbuch des Wiener Burgtheaters aus dem Jahr 1935. Zu meiner Überraschung fand ich darin auch eine ganzseitige Schriftzeichnung des Otto Hartmann. So wie auch jene aller damals am Theater tätigen Schauspieler.

Natürlich ist mir dieser Name aus familiären Gründen seit meiner Kindheit bekannt gewesen und inspirierte mich, über diese Person im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes nachzuforschen. Dort liegt ein sehr umfangreicher Akt auf, der sich mit dem Werdegang Hartmanns vor allem jedoch mit dem viele Tage währenden Strafprozess gegen ihn im Jahr 1947 befasst.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass das Leben dieses eher mittelmäßigen Schauspielers von Falschheit, Denunziation und Habgier getragen wurde. Wie ein Chamäleon, jeweils dem Zeitgeist von 1930-1945 angepasst.

Anfang der 1930er Jahre wurde er in das Schauspielpersonal des Burgtheaters aufgenommen, wo er weniger als vorzüglicher Komödiant und Charakterdarsteller, sondern bereits etwa um 1935 als Denunziant in Erscheinung trat. Mehrmals bedroht von der Beendigung seiner Karriere infolge Mindereignung suchte er Zugang zu den ostmärkischen Sturmsharen, wo er sich besonders dadurch hervortat, dass er dieser ständestaatlichen Organisation Informationen über die damals bereits bestandene, umfangreiche Zelle von NS-Anhängern in seinem Theater zutrug.

Ein ungutes Gefühl

In Anbetracht dessen erscheint es mir als Nachgeborener geradezu unfassbar, dass

es Hartmann 1939 gelang, sich in die österreichische Freiheitsbewegung des Prof. Karl Roman Scholz einzuschleichen, obwohl mir einige Mitglieder dieser Organisation, wohl zur eigenen Rechtfertigung, 35 Jahre später berichteten, sie hätten ihm gegenüber von Vornherein ein ungutes Gefühl besessen. Bei Scholz fiel er durch besonderen Radikalismus auf und versuchte weitere Mitglieder in diesem Sinne aufzustacheln, was jedoch ohne Erfolg blieb. Er sprach sogar von Sprengstoffanschlägen auf militärische Einrichtungen. Rasch wurde Hartmann fündig, dass ab Ende 1939 Gespräche über einen Zusammenschluss der österreichischen Freiheitsbewegung mit dem bürgerlich, christlichen und monarchistisch ausgerichteten Widerstandsgruppe Dr. Karl Lederer und Dr. Jakob Kastlelic liefen. Auch Sozialdemokraten befanden sich in diesen Widerstandsgruppen. Laut Akt wurden nicht zuletzt über sein Drängen Mitgliederverzeichnisse – allerdings verschlüsselt – angelegt. Im Juni 1940 – also nach dem Zusammenschluss dieser drei Organisationen – wandte er sich gegen einen Verräterlohn von RM 30.000,- (damals ein mittleres Vermögen) an die Gestapo am Morzinplatz und ließ die Bombe platzen.



Neun Todeurteile

Infolgedessen wurden von Juli bis September 1940 über 350 Mitglieder dieser drei für eine Wiederherstellung Österreichs tätigen Freiheitskämpferorganisationen verhaftet. Ursprünglich hieß es dabei schriftlich von der Gestapo, dass Gerichtsverfahren erst nach dem „Endsieg“ zu erwerben wären, sodass die derart gefangen gehaltenen Menschen im deutschen Reich „zwischenlagert“, auf diverse Strafanstalten verteilt wurden. Die Frauen nach Krems, die Männer nach Anrath, Hamborn, Krefeld und weitere Orte.

Infolge der sich rapide verschlechternden Kriegslage kam es ab Februar 1944 zu den betreffenden Gerichtsverfahren im Wiener Justizpalast, weitgehend fußend auf erst nach den Verhaftungen 1940 erlassenen Gesetzen oder Verordnungen aus Berlin, welche schließlich mit neun Todesurteilen endeten. ▶

Hingerichtet wurden bis Ende 1944 folgenden Personen und starben durch das Fallbeil:

- Dr. Jakob Kastelic, † 2. August 1944
- Pater Roman Karl Scholz, † 10. Mai 1944
- Dr. Karl Lederer, † 10. Mai 1944
- Dkfm. Gerhard Fischer-Ledenice, † 5. Juni 1944
- Hans Georg Heintschel-Heinegg, † 5. Dezember 1944
- Günther Loch, † 21. Juni 1944
- Dipl.Ing. Alfred Miegler, † 10. Mai 1944
- Rudolf Wallner, † 10. Mai 1944
- Dr. Hans Zimmerl, † 10. Mai 1944

1945 setzte sich Hartmann nach Westösterreich ab, wo er in Schwaz/Tirol Quartier bezog, sich als Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime ausgab und sogleich damit begann, ehemalige Nationalsozialisten an die französische Besatzungsmacht zu denunzieren. Bei dieser Tätigkeit wurde er von Karl Serschen, einem Mitglied der

Widerstandsgruppe Dr. Kastelic und späterer Landesobmann Oberösterreich unserer Organisation, entdeckt und seiner gerechten Verhaftung zugeführt. Serschen hat mir das persönlich erzählt.

Verwerflicher Charakter

Besonders zwei Tatbestände sollen den verwerflichen Char-

akter Hartmanns beleuchten, wie aus den Prozessakten 1947 hervorgeht:

– Zwei Zeuginnen, Ehefrauen von in der NS Zeit verhafteten Freiheitskämpfern, sagten voller Zorn aus, dass sich Hartmann während der Abwesenheit ihrer Gatten an sie „herangemacht“ und bedrängt habe.

– Zwei Tage nach der Verhaftung das später hingerichteten Dr. Friedrich Zimmel suchte Hartmann dessen betagte Mutter in deren Wohnung auf und bekundete Beileid. Sein Besuchsgrund war jedoch die Funktion des Sohnes als Kassier der österreichischen Freiheitsbewegung. Ahnungslos zeigte die Mutter Hartmann jenen Platz in einem Kasten, wo der überschaubare Geldbetrag deponiert war. Zwei Tage danach erschie-

nen Gestapobeamte bei der Mutter Zimmel, steuerten diesen Kasten an und nahmen die Frau fest. Schließlich erhielt sie im Verfahren 1944 zwei Jahre Gefängnis, welches allerdings als bereits verbüßt galt.

Dies berichtete Frau Zimmel als Zeugin ebenfalls im Strafverfahren gegen Hartmann im Jahr 1947. Dieser Denunziant und Verbrecher erhielt schließlich als Urteil LEBENSLANGES Gefängnis, wurde jedoch 15 Jahre später begnadigt.

Diese wirft auch ein bezeichnendes Schlaglicht auf die österreichische Justiz, die in den Nachkriegsjahren noch von etlichen ehemaligen NS Sympathisanten durchsetzt gewesen ist.

NK ■

Spiel mit dem Feuer

Noch bewegen sich die Corona-Proteste im Rahmen, noch gibt es nur kleine Übergriffe, noch sind wir nicht so weit, von einer Eskalation der Gewalt sprechen zu müssen. Übergriffe gegen die im Einsatz befindlichen Ordnungskräfte haben aber schon stattgefunden, Polizisten wurden verletzt. Knapp bevor dieses Heft in Druck geht, sind auch Übergriffe gegen medizinische Einrichtungen bekannt geworden und der freiheitliche Parteiohmann hat bei den Protesten – nach seiner Corona-Quarantäne wieder genesen – gegen die Regierung und Vertreter der Regierungsparteien gehetzt.

Wenn die Gewalt eskaliert – wir hoffen es nicht, aber wir befürchten es – wird man den ehemaligen Innenminister politisch zur Verantwortung ziehen müssen.



Neuwahl des Landesvorstandes

Am 17. November hat der Landesverband Steiermark die Neuwahl des Vorstands für die Funktionsperiode 2021 – 2024 durchgeführt.

Als Landesobmann wurde Mag. Wolfgang Schwarz wiedergewählt, sein Stellvertreter ist Univ.Prof. Dr. Karl Albrecht Kubitzky. Kassier ist Mag. Dr. Ewald Verhounig, Schriftführer Mag. Dr. Ewald Gottl. Weitere Vorstandsmitglieder sind Elisabeth Heidi Gerstl, Dr. Leopold Strobl, Jörg Moser, MA, BA und KoR Rudolf Weiss.

Wir gratulieren den neu gewählten Funktionärinnen und Funktionären und freuen uns auf weiterhin gute Zusammenarbeit!

Eine komplexe Bilanz

Im Herbst 1920, also vor nunmehr hundertein Jahren, wurde die Stammfassung des zentralen Dokuments der auch noch gegenwärtigen österreichischen Bundesverfassung – das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) – erstmals publiziert und in Geltung gesetzt. Im hier besprochenen Buch liegt der Fokus auf der Außensicht. So finden sich Beiträge aus der jeweiligen nationalen Perspektive (nahezu) sämtlicher Nachbarstaaten Österreichs sowie Polens, ferner je ein Beitrag aus der Perspektive der Europäischen Union wie des Europarats. Aus der Innensicht wird die Staatskrise 1933/34 thematisiert.

„100 Jahre B-VG – eine komplexe Bilanz“ nennt Alexander Balthasar seine Abhandlung und widmet sich darin unter anderem dem „Scheitern des B-VG in der Staatskrise 1933/34“. Wie er ausführte, handelt es sich bei der Selbstausschaltung des Parlaments vom 4. März 1933 tatsächlich um eine solche und nicht lediglich um eine Deutung einer rechtlich unklaren Situation. Zudem sei durch das nahezu zeitgleiche Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen vom 5. März 1933 nichts weniger als die staatliche Existenz Österreichs auf dem Spiele gestanden. Dass am 4. März 1933 zunächst Karl Renner als erster Präsident sein Amt zurückgelegt hat, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Um die so entstandene Blockierung der eigenen Stimme abzu-

wenden, traten auch der zweite und dritte Präsident zurück. Damit, so Balthasar, habe aber weder die laufende Sitzung geschlossen noch das Plenum zu einer neuen Sitzung einberufen werden können. Die Möglichkeit, aus der Sackgasse durch eine Ergänzung der Geschäftsordnung herauszukommen, war damit abgeschnitten. Der Nationalrat sei auf Boden der damaligen Verfassungsrechtslage unlösbar lahmgelegt gewesen. Eine Auflösung des Nationalrates durch den Bundespräsidenten – sofern diese mit Blick auf die bereits zuvor erfolgte Selbstauflösung überhaupt noch zulässig gewesen wäre – hätte zwar zur Neuwahl auf Bundesebene geführt. Dieser neugewählte Nationalrat hätte sich jedoch, mangels noch im Amt befind-

licher Präsidenten des früheren Gremiums, nicht mehr konstituieren können.

Verfassungsprinzipien im Widerstreit

Für sich betrachtet wäre die Krise unter Heranziehung eines

„rechtfertigenden Notstandes“ zum Schutze des demokratischen Bauprinzips zwar denkbar gewesen, allerdings, und hier werden die Ausführungen mehr als spannend, standen dem Überlegungen aus dem republikanischen wie dem rechtsstaatlichen Prinzip entgegen:

Zum einen die nationalsozialistische Gefahr. Gerade vor dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom 5. März 1933 konnten die österreichischen Nationalsozialisten auf die entschlossene Unterstützung des Deutschen Reiches zählen, führt der Autor aus. Das Risiko demokratischer Wahlen wäre geradezu selbstmörderisch gewesen. Wenngleich kaum zu befürchten gestanden sei, dass die österreichischen Nationalsozialisten eine verfassungsändernde Mehrheit erhalten würden, so hätte doch jeder Wahlkampf eine Fülle an Vorwänden geboten, ▶



gewalttätige Auseinandersetzungen auf den Straßen – und letztlich sogar ein militärisches Einschreiten des Deutschen Reiches zum Schutze (angeblich) misshandelter österreichischer Nationalsozialisten – zu provozieren. Bemerkenswert die von Balthasar erwähnte Einschätzung des damaligen Heeresministers und früheren Bundeskanzler Carl Vaugoin, derzufolge den österreichischen Nationalsozialisten etwa 30 Prozent an Unterstützung für die Machtübernahme gereicht hätten. Freilich sah die Verfassungsrechtslage eine Suspendierung von Wahlen nicht vor – ebensowenig wie die damalige deutsche: „Erst vor diesem Hintergrund wird erklärlich, dass der damaligen Bundesregierung die Selbstausschaltung des Nationalrates – die, ohne die Notwendigkeit des Bruches formellen Verfassungsrechtes, ihr nicht nur erlaubte, ohne den aktuellen Nationalrat zu regieren, sondern vor allem, auch dessen Neuwahl auf (un)abseh-

bare Zeit zu vermeiden – geradezu als Werk der ‚Vorsehung‘ erschien.“

Verfassungsrechtlich unzureichend

Eine solche Sichtweise sei freilich, für sich genommen, verfassungsrechtlich gänzlich unzureichend gewesen. Denn ein Regieren ohne die erste Kammer des Bundesparlaments wäre schon aufgrund des klaren Übergewichts der Kompetenzen des Bundes gegenüber jenen der Länder (deren Parlamente ja weiterhin voll funktionsfähig waren) schon in „normalen“ Zeiten schlicht unmöglich gewesen. Dazu sei ein „institutionelles Damoklesschwert“ gekommen: Ohne Nationalratspräsidenten hätte nicht einmal mehr ein Nachfolger des damals amtierenden Bundespräsidenten sein Amt antreten können. Dass die Landesregierung der Bundeshauptstadt den von der Bundesregierung beschrittenen Weg vor dem VfGH zu bekämpfen gewillt war, sei zwar auf den ersten Blick



Alexander Balthasar, Attila Vincze (Hrsg)
Hundert Jahre österreichisches Bundes-Verfassungsgesetz
 ISBN: 978-3-7097-0259-8;
 www.jan-sramek-verlag.at

billig wie banal gewesen – denn welche alternative Option hätte die Bundesregierung unter gegebenen Umständen sonst gehabt? Auf den zweiten Blick hätte die Landesregierung freilich das Richtige getan, denn es wäre ja nicht an ihr, sondern am Verfassungsgerichtshof gelegen, das von der Rechtsordnung insgesamt Gebotene zu finden. „Ein solches Erkenntnis hätte damals wahrlich zu einer Sternstunde des österreichischen Rechtsstaates werden können“, formuliert Balthasar, „dass dies damals weder der Bundesregierung, noch dem Verfassungsgerichts-

hof selbst in den Sinn gekommen ist, stellte demgegenüber einen veritablen Karfreitag – auch und gerade, aber keineswegs nur der damaligen juristischen Dogmatik – dar“.

MinR Priv.-Doz. MMag. Dr. Alexander Balthasar: Leiter des Instituts für Staatsorganisation und Verwaltungsreform im österreichischen Bundeskanzleramt und Privatdozent für Verfassungsrecht und Allgemeine Staatslehre an der Universität Graz.

Priv.-Doz. Dr. Attila Vincze: Lehrstuhl für Europäisches und Öffentliches Recht und seine Grundlagen an der Andrassy Universität Budapest ■

Pressespiegel



Aktuelle Stimmen zur Debatte über das Dollfuß-Museum in Texingtal (Die Gemeinde Texingtal gibt es seit 1971. Damals wurden die Gemeinden Texing, St. Gotthard und Plankenstein zu einer Gemeinde zusammengelegt. Engelbert Dollfuß wurde am 4. Oktober 1892 in Texing geboren.)

„(...) Hitler hatte nicht mit der Zähigkeit und dem Machinstinkt des kleinen Dollfuß gerechnet, der nicht zur Selbstaufgabe bereit war. Dieser erwählte sich in seiner Not Mussolini als Schutzherr. Von ‚Austrofaschismus‘ zu sprechen, ist trotzdem weit überzogen. Dollfuß war kein Faschist. Die Heim-

wehr, mit der er sich nolens volens schon 1932 verbündet hatte, mochte einen ‚österreichischen Faschismus‘ anstreben, was ihr bestenfalls temporär gelang. Letztlich behielt Dollfuß immer die Oberhand. Der Historiker Helmut Wahnout hat zur Charakterisierung des Dollfuß-Regimes den Begriff ‚Kanzlerdiktatur‘ geprägt. Treffend. Denn von einem Faschismus im Sinne Mussolinis oder Hitlers war man im katholisch-autoritären Österreich zwischen 1933 und 1938 weit entfernt.“

Der Historiker Kurt Bauer, „Die Presse“

„(...) Wenn ‚umstritten‘ heißt, dass beide Sichtweisen über Dollfuß gerechtfertigt sind – also

dass er Gutes wie Schlechtes getan hat –, dann habe ich ein Problem damit.“

Die Historikerin Lucile Dreidemy bekennt sich freimütig dazu, keine differenzierte Betrachtung zu wünschen, „Der Standard“

„(...) In Berlin sagte Hitler gegenüber dem französischen Botschafter, Dollfuß habe eine kriminelle Dummheit begangen, auf sozialistische Arbeiter, Frauen und Kinder zu schießen. Nun seien seine Hände mit Blut besudelt, er werde bald fallen.“

Hans Rauscher findet nichts dabei, Adolf Hitler die Beurteilung der Februarunruhen zu überlassen, „Der Standard“

„(...) Unter Historikern ist der Begriff Austrofaschismus umstritten. Ein Teil argumentiert, dass dem System wesentliche Merkmale eines faschistischen Regimes fehlten, zum Beispiel eine klare Ideologie. Für andere ist die Bezeichnung legitim, wegen des radikalen Antiparlamentarismus sowie der gewaltsamen Niederschlagung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung.“

Alexandra Förderl-Schmid,
„Süddeutsche Zeitung“

„Auch einige SPÖ-Granden haben das Museum in den vergangenen Jahren besucht, dar-

unter Ex-SPÖ-Innenminister Erwin Lanc (1977 bis 1983). Er schrieb 2002 ins Gästebuch des Hauses: ‚Meine Hochachtung für die Ausgestaltung dieses Museums, die Historikern gute Einsichten vermittelt.‘“

„Kurier“

„(...) Ständestaat hieß die Regierungsform Österreichs von 1933 bis 1938 jahrzehntelang recht unbestimmt. Ein katholischer Staat auf (berufs-)ständischer Grundlage wie etwa im Mittelalter, regiert von einer Einheitspartei, der Vaterländischen Front, unter Bundeskanzler Engelbert Doll-

fuß. Dann führte der Politologe Emmerich Tálos, politisch links zu verorten, den Begriff Austrofaschismus für das Dollfuß-Regime ein. ÖVP-nahe Historiker wie Helmut Wohnout kontierten nach einer langen Schrecksekunde mit ‚Kanzlerdiktatur‘ (...)“

Oliver Pink, „Die Presse“

„Wie soll man, so viele Jahrzehnte danach, mit diesem Engelbert Dollfuß umgehen? Man darf sein Tun weder verharmlosen, noch darf man seine Rolle verdrängen. Dass die Dollfuß-Diktatur nicht den totalitären Charakter der Hit-

ler-Diktatur aufwies; dass es in Österreich zwischen 1934 und 1938 keine rechtliche Diskriminierung von Jüdinnen und Juden gab, rechtfertigt den von Karl Kraus auf Dollfuß gemünzten Begriff vom ‚kleineren Übel‘. Aber ein Übel war dieser von Dollfuß geschaffene Staat. Deshalb kann und muss man über Dollfuß sprechen. Und man soll ihn differenziert sehen – als einen, der das verhindern wollte, was dann im März 1938 auf Österreich hereinbrach.“

Der Politologe Anton Pelinka, „Kurier“

Gedenkveranstaltungen im Oktober

Wie jedes Jahr gedachten die Vertreter der ARGE der NS-Opferverbände rund um den Nationalfeiertag gemeinsam ihrer Opfer.

Diesmal fand das Gedenken am 22. Oktober statt. Gemeinsam wurden Kranzniederlegungen beim Denkmal für die

Offiziere Biedermann, Huth und Raschke in Floridsdorf, in der ehemaligen Hinrichtungsstätte am Landesgericht Wien

sowie am Morzinplatz beim Mahnmal für die ehemalige Gestapo-Leitstelle durchgeführt.

In Floridsdorf lag die Gestaltung in Händen der sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen, am Landesgericht nahm

wie schon die letzten Jahren der in der Gedenkkultur sehr engagierte Präsident Friedrich Forsthuber teil. Die Vertretung der ÖVP-Kameradschaft übernahm heuer erstmals unser neu gewählter Bundesobmann Norbert Kastelic.



Bei der ehemaligen Gestapo-Stelle am Morzinplatz: Niemals vergessen!



Bei der Gedenktafel für die Offiziere Biedermann, Huth und Raschke in Wien-Florisdorf.



Gerald Netzl, Winfried Garscha, Friedrich Forsthuber und Norbert Kastelic am LG Wien flankiert von Soldaten des Gardebataillons.

Neuregelung der Sterbehilfe

Es ist eine Gesetzesmaterie, die wir als Kameradschaft naturgemäß kritisch betrachten. War doch die Sterbehilfe, beschönigend Euthanasie („leichter, schöner Tod“) genannt, ein Merkmal des NS-Regimes, welches sich gottgleich zum Richter über wertenes und unwertes Leben machte.

Der VfGH hatte das bisherige Verbot der Hilfeleistung beim Suizid mit Wirkung ab 1. Jänner 2022 aufgehoben, weshalb eine gesetzliche Neuregelung nötig wurde, die Anfang Dezember im Justizausschuss auf den Weg gebracht wurde.

Die Strafbarkeit der Tötung auf Verlangen bleibt weiterhin unangetastet. Parallel zur Neuregelung soll die Palliativ- und Hospizversorgung ausgebaut werden. Nach Vorlage einer wirksamen Sterbeverfügung dürfen gelistete Apotheken das letale Präparat in der in der Sterbeverfügung angegebenen Dosierung kontrolliert abgeben.

ÖVP nicht glücklich

ÖVP-Abgeordnete Gudrun Kugler sagte, es sei kein Geheimnis, dass die Volkspartei mit dem

Erkenntnis des VfGH nicht glücklich gewesen sei. Gleichzeitig sei die Entscheidung zu respektieren, weshalb ihre Fraktion sich produktiv an der neuen Regelung beteiligt habe. Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates sei es, beim Leben zu helfen. Mit der Regelfinanzierung der Hospiz- und Palliativversorgung gelinge hier ein wichtiger Schritt. Kuglers Fraktionskollege Wolfgang Gerstl stellte in Frage, ob es Aufgabe des VfGH sei, rechtspolitische Entscheidungen zu treffen. Aus seiner Sicht sei dies Aufgabe des Parlaments. Ein politischer Zugang, der sich in der Volksvertretung nicht durchsetzen konnte, sei nun zum Verfassungsgerichtshof getragen worden, wo mit einfacher Mehrheit entschieden worden sei. Das bezeichnete er als „Damm-

bruch“. Gerstl betonte, dass es zu diesem Urteil nicht gekommen wäre, wenn nicht ein Anwalt der NEOS den Antrag beim VfGH eingebracht hätte.

Ausdruck seelischen Leides

Zu Wort gemeldet hatte sich im Vorfeld auch ÖCV-Präsident Felix Geyer, der klar stellte, dass man sich weiterhin gegen die Sterbehilfe einsetzen werde. Er bezeichnete den angekündigten Ausbau des Palliativ- und Hospizbereichs als Gebot der Stunde.

„Trotz der gesetzlichen Straffreistellung der Beihilfe zum Suizid muss auch in Zukunft die Vermeidung von Selbsttötungen für eine humane Gesellschaft oberste Priorität haben“, erklärte der in der Bischofskonferenz für Lebensschutzfragen zuständige Innsbrucker Bischof Bischof Hermann Glettler. Positiv bewertete er das Bekenntnis zur Aufstockung der Hospiz- und Palliativversorgung, wesentliche

Fragen wie die rechtlich erhöhte Absicherung des Verbots der Tötung auf Verlangen seien aber nicht beantwortet.

Johann Hager, Präsident von aktion leben, kritisierte, dass das Sterbeverfügungsgesetz nicht für alle assistierten Suizide vollinhaltlich gelte. „Die Errichtung einer Sterbeverfügung ist zwar Voraussetzung für den Bezug des todbringenden Mittels in der Apotheke, ist aber darüber hinaus keine Voraussetzung für die Strafflosigkeit der Sterbehilfe. Das ist eine grobe Lücke und unterläuft die im Gesetz festgesetzten Standards.“ Auch die Fokussierung auf rein medizinische Aufklärung kritisierte er: Sehr viele Stellungnahmen hielten es für essenziell, dass Psychologen oder Psychiater verpflichtend beigezogen werden, da Suizide häufig auch Ausdruck seelischen Leidens seien, so Hager. Der in Aussicht gestellte Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung wurde auch von aktion leben positiv gewertet. ■

Weihnachten 1944

Im Freiheitskämpfer Nr. 6 des Jahres 1971, erschienen im Dezember, lesen wir zehn Jahre nach dessen Tod einen Abdruck aus der Autobiographie „Tatsachen – Begegnungen – Gespräche“ von Lois Weinberger.

Der 1902 geborene Weinberger, unter anderem Nationalratsabgeordneter, Bundesobmann des ÖAAB, Vizepräsident des ÖGB sowie Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter von Wien, beschrieb darin den Heiligen Abend 1944, als er im KZ Mauthausen infatiert war.

„Davor hatte ich mich immer schon gefürchtet. Wenn schon jeder gewöhnliche Abend im KZ unangenehm wurde, weil da die Sehnsucht nach der Familie und nach der Freiheit besonders groß war, wie sollte es erst am Heiligen Abend gehen? Mein Zellengenosse spürte das auch und bat mich schon Tage vorher, ja recht stramm zu sein. Ich glaube, dass es mir auch gelungen ist. Unter welchen inneren Kämpfen und mit welchem Aufgebot von letzter Willenskraft, darüber will ich nichts sagen. Es war uns gelungen, ein ganz kleines Zweiglein von einem Fichtenast, der im Waschraum herumlag, für uns zu erobern. Dieses steckten wir mit einer Stecknadel an die Seitenwand einer kleinen Stellage oberhalb der Bettstatt. Ich glaube, daß mein Zellenkamerad auch ein kleines Stück Kerze von irgendwoher auskramte und es um die Zeit, da daheim mittlerweile Heiliger Abend gefeiert wird, anzündete. Ich habe mich dann ne-

Lois Weinberger

Heiliger Abend in Mauthausen

Davor hatte ich mich immer schon gefürchtet. Wenn schon jeder gewöhnliche Abend im KZ unangenehm wurde, weil da die Sehnsucht nach der Familie und nach der Freiheit besonders groß war, wie sollte es erst am Heiligen Abend gehen? Mein Zellengenosse spürte das auch und bat mich schon Tage vorher, ja recht stramm zu sein. Ich glaube, daß es mir auch gelungen ist. Unter welchen inneren Kämpfen und mit welchem Aufgebot von letzter Willenskraft, darüber will ich nichts sagen. Es war uns gelungen, ein ganz kleines Zweiglein von einem Fichtenast, der im Waschraum herumlag, für uns zu erobern. Dieses steckten wir mit einer Stecknadel an die Seitenwand einer kleinen Stellage oberhalb der Bettstatt. Ich glaube, daß mein Zellenkamerad auch ein kleines Stück Kerze von irgendwoher auskramte und es um die Zeit, da daheim mittlerweile Heiliger Abend gefeiert wird, anzündete. Ich habe mich dann ne-

ben diesen Zweig in die Ecke der Zelle gestellt und mein Gesicht fest an die Wand gedrückt. Wie lange ich so dort gestanden bin, kann ich heute nicht mehr sagen. Auch das nicht mehr; was ich damals alles gedacht und überlegt habe. Es war jedenfalls sehr schwer und schließlich habe ich doch auch einige ganz stille Tränen geweint. Mein Kamerad verhielt sich vollkommen ruhig und erst als er merkte, daß es mir zuviel zu werden drohte, räusperte er sich. Ich trat dann zurück von unserem kleinen „Christbaum“ und setzte mich zu ihm auf die Pritsche. Und dann rauchten wir die letzte ganze Zigarette, die wir uns eigens für diesen Heiligen Abend aufgespart hatten. Zuerst ich die eine und dann er die andere Hälfte. Die Beläuerung und Kraft zugleich, die aus ihr über uns kam und in uns emporstieg, war hochwillkommen. Wir sind dann noch lange beisammengesessen und haben uns manches erzählt, aus unserer Kindheit, aus unserem späteren Leben und

von anderen Weihnachten. Mein Kamerad hat dann zum Schluß auch noch von der Christmette in seiner Heimat Klosterneuburg gesprochen. Sozusagen zum Abschluß unserer zweieinsamen Feier an diesem Abend. Wir lagen aber schon lange auf unserem Lager, er als der Ältere wieder oben und ich wieder auf der Erde, und dachten nach, wieso es kommen konnte, daß es auch solche Weihnachten, auch einen solchen Heiligen Abend gab. Mir ist dann eingefallen, daß der allererste eigentlich gar nicht viel großartiger und festlicher war. Und doch haben die Engel damals ihr Alleluja gesungen und es kamen die Hirten, um das Kind anzubeten. Warum sollten wir es besser haben als der Menschensohn? Und ich habe mir dann auch gedacht, daß nun bald das neue Jahr kommen wird und es dann gar nicht mehr lange hin wäre bis zu Ostern und zur Auferstehung. Es war also gar kein Grund zur Verzweiflung und kaum

noch ein paar Tränen geweint. Mein Kamerad (...) räusperte (...) sich. Ich trat dann zurück (...) und setzte mich zu ihm auf die Pritsche. Und dann rauchten wir die letzte Zigarette, die wir uns eigens für diesen Heiligen Abend aufgespart hatten. (...) Wir sind dann noch lange beisammengesessen und haben uns manches erzählt, aus unserer Kindheit, aus unserem späteren Leben und von anderen Weihnachten. Mein Kamerad hat dann zum Schluss auch noch von der Christmette in seiner Heimat Klosterneuburg gesprochen. Sozusagen zum Abschluss unsere zweieinsamen Feier an diesem Abend. Wir lagen aber schon lange auf unserem Lager (...) und dachten nach, wieso es kom-

men konnte, dass es auch (...) einen solchen Heiligen Abend gab. Mir ist dann eingefallen, dass der allererste eigentlich gar nicht viel großartiger und festlicher war. Und doch haben die Engel damals ihr Alleluja gesungen und es kamen die Hirten, um das Kind anzubeten. Warum sollten wir es besser haben als der Menschensohn? Und ich habe mir dann auch gedacht, dass nun bald das neue Jahr kommen wird und es dann gar nicht mehr lange hin wäre bis zu Ostern und zur Auferstehung. Es war also gar kein Grund zur Verzweiflung (...) Man muss nur alles recht groß sehen und richtig begreifen (...) Es war ja nur schwer in dieser kleinen Zelle, alles immer groß zu sehen und alles immer auch richtig zu begreifen. Und darum habe ich dann doch auch noch im Einschlafen ein wenig geweint (...)“



In memoriam Gerald Trattler

*Behaltet mich so in Erinnerung,
wie ich in den schönsten Stunden
meines Lebens bei Euch war*

Es ist uns traurige Pflicht, über das Ableben von Gerald Trattler zu berichten, der bereits im April im 75. Lebensjahr stehend, nach kurzer schwerer Krankheit von uns gegangen ist.

Seit Neugründung des Landesverbandes Kärnten im Jahr 2016 war Trattler im Vorstand für die Finanzen zuständig.

Nach der Matura an der Handelsakademie in Klagenfurt absolvierte er zunächst den Präsenzdienst als Einjährig Freiwilliger und war danach 46 Jahre lang in der Kammer für Land und Forstwirtschaft, zuletzt als Abteilungsleiter, tätig. Gerald Trattler war der Neffe von Dr. Arthur Trattler. Dieser war in der NS Zeit im Widerstand und engagierte sich als Aktivist in der Antifaschistischen Freiheitsbewegung Österreichs (AFÖ). Nach 1945 war Dr. Arthur Trattler Bezirkshauptmann im Bezirk Spittal/Drau.





Die ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich wünscht allen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten, einen angenehmen Jahreswechsel sowie Gesundheit und Zufriedenheit im Jahr 2022!

Geburtstage 2021

Der Freiheitskämpfer gratuliert allen runden und halbrunden Jubilaren auf das Herzlichste.

100 Jahre

Dkfm. Edith Schwarz, Wien

95 Jahre

Prof. Dr. Irmtraut Kouril, Wien

Dr. Alois Schöllauf, Steiermark

90 Jahre

Rosemarie Schmidle, Vorarlberg

80 Jahre

Dr. Heinz Anderwald, Steiermark

Matthias Denifl, Tirol

DI Heinrich Gerstbach, Wien

Dr. Ewald Gottl, Steiermark

75 Jahre

Christine Denifl, Tirol

Dr. Christian Prosl, Wien

Gerald Trattler, Kärnten

70 Jahre

Marianne Gödl, Steiermark

Martin Gödl, Steiermark

Dr. Elisabeth Keckeis, Vorarlberg

Prof. Johannes Legler, Niederösterreich

Mag. Walter Tancsits, Wien

Walter Pronai, Burgenland

65 Jahre

Mag. Susanne Keckeis, Vorarlberg

Dr. Albert Pethö, Wien

Margit Schwarz, Steiermark

60 Jahre

Dr. Andres Fössl, Steiermark

Dr. Andres Fössl, Steiermark

55 Jahre

Hartwig Flamm, Wien

Mag. Christoph Neumayer, Wien

Hermann Talowski, Steiermark

50 Jahre

Karina Hirscher, Niederösterreich

Susanne Königs-Astner, Kärnten

Dr. Hanna Liko, Wien

Christian Mayer, Niederösterreich

Christian Mayer, Niederösterreich

45 Jahre

Michael Radl, Tirol

Michael Radl, Tirol

Michael Radl, Tirol

40 Jahre

Christian Johann Legler, NÖ

Mag. Pero Pajkanovic, Wien

Mag. Christian Sagartz, Burgenland

Florian Sassmann, Wien

Florian Sassmann, Wien

35 Jahre

Andreas Legler, Niederösterreich

Andreas Legler, Niederösterreich

Andreas Legler, Niederösterreich

25 Jahre

Gregor Diez, Wien

Matthias Fössl, Steiermark



Uns sind folgende Todesfälle bekannt geworden:

Thomas Steiner, Tirol
Theresia Windisch, Wien
Anna Durig, Vorarlberg
Franziska Prechlmacher, Niederösterreich

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:

Kuratorium der ÖVP
 Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, 1080 Wien, Laudongasse 16
 Tel: 01/406 11 44, Fax: 01/401 43-350

Schriftleitung: Mag. Paul Hefelle

(- hef-) Mitarbeit: Dr. Norbert Kastelic (NK), Clemens Hornich

Fotos: EDW/Stephan Schönlaub, Archiv K.Ö.H.V. Franco-Bavaria, Bundesheer/Katharina Frank, Clemens Hornich, Foto Schuster, Landesverband Steiermark, Paul Hefelle, pixabay

Satz/Umbruch: Tanja Pichler, Wien

Druck: druck.at

druck.at

druck.at

druck.at

druck.at

druck.at

druck.at

druck.at

druck.at

druck.at

druck.at

druck.at

druck.at

www.oevp-kameradschaft.at
office@oevp-kameradschaft.at